

Wahlprogramm – Landtagswahl 2021

Landtagsabgeordneter Peter Lerch

Inhalte:

Präambel

1. **Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Weinbau**
2. **Digitalisierung**
3. **Mobilität und Infrastruktur**
4. **Umweltschutz**
5. **Freiheit und Sicherheit**
6. **Bildung**
7. **Soziales (Familie, Jugend, Senioren, Frauen)**
8. **Gesundheit und pflegerische Versorgung**
9. **Kultur, Sport und Freizeit**
10. **Finanzen**

Präambel

Am 14. März 2021 sind die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. In diesen durch Corona hervorgerufenen besonderen Zeiten kommt dieser Wahl eine außergewöhnliche Bedeutung zu. Dies natürlich auch, weil nach der 30-jährigen Dominanz der rheinland-pfälzischen Politik durch eine Partei eine Neuausrichtung mit neuen Köpfen und neuen Ideen dem Land guttun würde.

Ausgehend von einem christlichen/humanistischen Menschenbild und gestützt auf den Erkenntnissen von Aufklärung und Vernunft, steht der **Mensch im Mittelpunkt meiner Politik**. Und zwar der Mensch, wie er ist, und nicht, wie er sein soll. Dadurch ist es erforderlich, in jedem Themenfeld die richtige Balance zu finden zwischen „Bewahren und Gestalten“, zwischen „Individual- und Gemeinschaftsinteressen“ und zwischen den Generationen. Dazu bedarf es einer „**Politik von Maß und Mitte**“. Ich will mit diesem Wahlprogramm diesem Ziel in Ansätzen gerecht werden, ohne dass damit ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

1. **Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Weinbau**

„Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.“

Rheinland-Pfalz (RLP) hat in 2019, trotz insgesamt günstiger Rahmenbedingungen, das geringste Wirtschaftswachstum aller 16 Bundesländer zu verzeichnen. Darum bedarf es einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, um den Folgen von Corona zu trotzen und den Anschluss an die anderen Bundesländer nicht zu verlieren. Darum fordere ich:

- eine stabile, berechenbare Wirtschaftspolitik, welche bestehende und geplante Unternehmen sowie Start-ups begleitet, fördert und unterstützt;
- zielgerichtete Unterstützung bei neuen Unternehmensgründungen;
- Landeszuwendungen, insbesondere als Zuschüsse, für die Corona Schäden in gleichem Maße wie in den umliegenden Bundesländern;
- nachhaltige, soziale Wohnraumförderung zur Steigerung der Anzahl der Mietwohnungen mit Sozialbindung;

- finanzielle und werbliche Unterstützung der Landwirte und Winzer zur gesteigerten Selbstvermarktung;
- flächendeckende Einführung des „Dualen Studiums“ – vergleichbar dem Modell in Baden-Württemberg.

2. Digitalisierung

„Die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitsbereiche verschafft ungeahnte Möglichkeiten“

Um im bundesweiten und europäischen Ranking nicht weiter zurückzufallen, wird der Ausbau der Digitalisierung ein zentrales Zukunftsthema für unsere Wirtschaft sein.

Deshalb fordere ich:

- Digitalisierungsausbau in allen Bereichen (Schulen, Unis, Wirtschaft, Verwaltung, Privatbereich) zum zentralen Thema zu erheben;
- flächendeckender Breitbandausbau mit Glasfaser für eine Mindestversorgung mit 100 Mbit;
- zusätzliche Funkmaste zur Schließung von Funklöchern;
- Ausbau der Angebote für Home-Schooling zur ergänzenden Schulform, welche in der Lage ist, in Notzeiten auch eine ersetzende Schulform zu sein. Hierzu Schaffung von Beauftragten für Digitalisierung an jeder Schule;
- Bereitstellung von elektronischer Hardware für einkommensschwache Schüler;
- Digitalisierungslotsen in jeder kreisfreien Stadt und Verbandsgemeinde als Helfer für digitalisierungsferne Bevölkerungsteile.

3. Mobilität

„Mobilität ist Freiheit.“

Aber auch diese Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo andere Werte beeinträchtigt werden. Bei weiter steigenden Mobilitätsanforderungen bedarf es deshalb zum Erhalt der Klimaschutzziele eines besser abgestimmten und zukunftsgerichteten Mixes an Verkehrsangeboten. Deshalb fordere ich:

- Erhalt und Sanierung bestehender Infrastruktur (Brücken, Straßen, Bahnlinien, Radwege);
- Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth;
- höchstmöglichen Lärmschutz beim Ausbau der B 10;
- Ausbau von Radwegen (z.B. Fernradweg Landau – Neustadt);
- Ausbau des ÖPNV – (Einführung des 365-Euro-Tickets mit Landesunterstützung, Ausbau kürzerer Taktungen der Busse);
- Erstellung eines elektronischen Buchungs- und Abrechnungssystem für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel im ganzen Land;
- Elektrifizierung der Bahnstrecke Neustadt - Karlsruhe
- Reaktivierung der Bahnstrecke Landau – Germersheim;
- Umgehungsstraßen, wo langfristig und nachhaltig nötig.

4. Umwelt-, Natur- und Tierschutz

„Die Bewahrung der Schöpfung ist Kernanliegen christdemokratischer Politik.“

Die soziale Marktwirtschaft bedarf deshalb künftig noch stärker einer signifikanten Umweltkomponente. Eine erfolgreiche Umweltpolitik kann wiederum nur gelingen, wenn sie sozial vertretbar und volkswirtschaftlich verkraftbar ist. Deshalb fordere ich:

- einen nachhaltigen Ausbau von Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden;
- wirksame Beratung und Förderung von Solaranlagen auf privaten Gebäuden;
- eine gezielte Förderung bei der Ersetzung veralteter Heizungsanlagen;
- Ausbau von RePowering bei der Windenergie;
- Regulierung zur Dämpfung des Flächenverbrauches;
- Förderprogramme zur Fassadenbegrünung und zum Schutz gegen Stark-Regen-Ereignisse;
- Unterstützung der waldbesitzenden Kommunen zum Erhalt des Waldes;
- Vermeidung von Tiertransporten durch Stärkung der Selbstvermarktung;
- Förderung des Landauer Zoos, um seine überregionale Bedeutung für Arten- und Naturschutz und als außerschulischem Lernort zu würdigen.

5. Sicherheit

„Freiheit gibt es nicht ohne Sicherheit.“

Eine wirksame Sicherheit erfordert eine funktionierende „Blaulichtfamilie“ (Polizei, Feuerwehr, DRK, THW). Darum bedarf es hier der nachhaltigen politischen Unterstützung und Anerkennung. Neben den erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen sind aber auch klare Bekenntnisse und öffentliche Wertschätzung für die in diesen Bereichen tätigen Personen nötig. Die Attraktivität dieser Bereiche für junge Menschen muss gestärkt werden. Dies ist erforderlich, um den derzeitigen Stand an Sicherheit zu erhalten und auszubauen. Deshalb fordere ich:

- bessere personelle Ausstattung der Polizei, damit diese allen ihr übertragenen Aufgaben nachkommen kann;
- verstärkte Überwachung des fließenden innerörtlichen fließenden Verkehrs zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungen und damit zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr;
- verbesserte Ausstattung der Polizeibeamten;
- für Feuerwehr, DRK und THW Schaffung von Rentenansprüchen für langjährig Tätige und die Bereitstellung von Geldern zur freien Verfügung, um das ehrenamtliche Engagement zu stärken;
- konsequentes Vorgehen der Verfassungsschutzorgane gegen jeden Radikalismus, ob von rechts oder von links.

6. Bildung

„Bildung ist der wichtigste Rohstoff unseres Landes.“

In Deutschland findet sich der wichtigste „Rohstoff“ in den Köpfen seiner Bürger. Ziel staatlichen Handelns muss es deshalb sein, diesen „Rohstoff“ so umfassend und effizient wie möglich zu heben – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch im originären Interesse unseres Landes. Deshalb ist ein gutes Bildungssystem von elementarer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Hierzu fordere ich:

a) Schulen

- realistische Bemessung des Unterrichtsausfalls;

- Versorgung der Schulen mit 105 % Lehrkräften, um kurzfristig auftretende Ausfälle kompensieren zu können;
- Priorität für die Vermittlung pädagogischen Grundwissens, wie Lesen, Schreiben, Rechnen (Jedem dritten Grundschüler fehlt die Grundkompetenz beim Lesen und jeder zweite erfüllt nicht die Regelstandards beim Schreiben);
- Reduzierung der Klassenmessenzahl, um verstärkt Ressourcen in die Förderung schwacher Schüler zu stecken;
- Ausbau integrativer Strukturen, um auch schwache und benachteiligte Schüler zu fördern;
- bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit;
- Ausbau eines freiwilligen Ganztages-Angebots im gesamten Land;

b) Universitäten

- Finanzausstattung aller rheinland-pfälzischen Universitäten auf den durchschnittlichen Stand aller deutschen Unis anzuheben;
- Verbesserung der Grundfinanzierung des Uni-Standortes Landau mindestens auf das Niveau der rheinland-pfälzischen Universitäten;
- erneute und ergebnisoffene Prüfung der Uni-Strukturreform. Hierbei muss auch die Selbständigkeit des Uni-Standortes Landau eine Option sein.
- Bei Fortführung der Strukturreform mit der Zusammenlegung der Standorte Kaiserslautern und Landau mindestens 35 Mio. € Übergangsmittel und 6 Mio. € zusätzlicher Mittel für den dauerhaften Bedarf;
- bei Zusammenlegung der beiden Uni-Standorte Regelungen und Strukturen zur ausreichenden Interessenwahrnehmung des Standortes Landau;
- weitere befristete Stellen zu entfristen;
- Ausgründungen der Uni Landau zur Stärkung der Technologie-Region Südpfalz aktiv zu fördern.

7. Soziales (Kinder, Familie, Gleichberechtigung, Jugend, und Senioren)

„Das Soziale hält unsere Gesellschaft zusammen.“

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängt großenteils mit der Beantwortung der sozialen Fragen zusammen. „Das Soziale“ berücksichtigt die besondere Lebenslage von Familien, die Anforderungen von Kindern, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die spezielle Lebensphase der Jugendlichen und die zunehmenden Bedarfe von Senioren. Über allem steht aber immer auch die Rücksichtnahme auf die sozial Schwachen – aus gesellschaftlicher Notwendigkeit und aus christlicher Grundüberzeugung fordere ich deshalb:

a) Kinderbetreuung

- Steigerung der Qualität in den Kitas (z.B. Sprachförderung, motorische Förderung, Umweltbildung, Elterngespräche);
- Erhöhung des Personalschlüssels pro Kita-Kind von 0,1 auf 0,116 Stellen;
- Leitungsfreistellung auf eine Vollzeitstelle pro 100 Kinder;
- Erhöhung des Sozialraumbudgets, um mehr Beratungsleistungen für Eltern und intensivere Betreuung beeinträchtigter Kinder zu gewährleisten;
- Übernahme des Kostenanteils, der entsteht, sollten die freien Träger sich weiter aus der Kita-Finanzierung zurückziehen;
- Ganztagsangebote für alle Kita-Kinder mit entsprechender Kostenbeteiligung des Landes;

- klare Orientierungen für den Raumbedarf in den Kitas incl. der Anforderungen für Ganztagsbetreuung mit entsprechender Landesbeteiligung;
- Entwicklung der Kitas zu Familienzentren für Beratung und Unterstützung.
- b) Frauen/Gleichberechtigung**
 - gezielte Frauenförderung, um auf freiwilliger Basis in möglichst allen Bereichen eine weitgehende Parität der Geschlechter zu erreichen;
 - Frauenhäuser durch verbesserte Finanzierung zu stärken;
 - Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Vergütung herzustellen;
- c) Familien**
 - Ausbau der Beratungsangebote in der Fläche;
 - Vereinbarkeit Familie und Beruf – Ausbau der Ganztagesangebote, erhöhte Flexibilität am Arbeitsplatz (z.B. Homeoffice);
 - Familienunterstützung durch Stärkung der Kindertagespflege;
 - Förderung von Familienbegegnungstätten und vermehrt Angebote der Familienbildung;
 - Ausbau der strukturellen Förderung sozial schwacher Familien.
- d) Senioren**
 - insbesondere in ländlichen Regionen Ausbau der Nahversorgung (Ärzte, Apotheken, Lebensmittel, Artikel des täglichen Bedarfs);
 - seniorengerechter Ausbau des ÖPNV sowie finanzielle und logistische Unterstützung von „Seniorenshuttles“;
 - Seniorentreffs bedarfsgerecht auszuweiten zur wirksamen Bekämpfung von Alterseinsamkeit;
 - außerschulische Bildung auszubauen (z.B. Nutzung neuer Medien)
 - Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu stärken.

8. Gesundheit und Pflegerische Versorgung

„Nicht alles ist Gesundheit, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“

Die erfreuliche Zunahme der Lebenserwartung und der enorme Fortschritt medizinischer Versorgung machen die Themen Gesundheit und Pflege zu einem zentralen Punkt in der Daseinsvorsorge. Diese Entwicklungen stellen aber auch neue Herausforderungen dar. Mangel an Pflegepersonal, Überalterung der praktizierenden Hausärzte oder eine Vernachlässigung des Krankenhauswesens machen neue Lösungsansätze erforderlich. Ich fordere deshalb:

- Sicherung der wohnortnahen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung;
- 200 zusätzliche medizinische Studienplätze in Rheinland-Pfalz um der drohende Überalterung von Ärztegruppen entgegenzuwirken;
- Landarztversorgung durch gezielte Steuerung zu sichern;
- Krankenhauslandschaft auch im ländlichen Bereich zu sichern und ausreichend Landesmittel für Krankenhausinvestitionen zu gewähren;
- Gewinnung zusätzlicher Pflegekräfte und erhöhte Vergütung zur besseren pflegerischen Versorgung;
- Ausbau von Tagespflegeeinrichtungen;
- Ausbau von Pflegeinfrastruktur (stationär und Tagespflegeeinrichtungen);
- Ausstattung der Pflegestützpunkte in der Südpfalz auf Landesniveau.

9. Kultur, Sport und Freizeit

„Der Mensch lebt nicht nur vom Brot allein.“

Nein, sinnvolle Beschäftigungen und inhaltliche Sinnggebung sind ebenfalls nötig. Ich fordere deshalb:

- eine Kulturförderung in Corona-Zeiten auf dem Niveau der umliegenden Bundesländer zum Erhalt der bestehenden Kulturszene;
- Sicherung der vorhandenen Sportstätten und ausreichende Finanzmittel des Landes für neue Anlagen;
- erhöhte Förderung des Vereins- und Breitensports;
- ausreichende Zeit und Personal für den Schulsport, inclusive des Schwimmsports;
- Verbesserung der Infrastruktur im Schwimmsport.

10. Finanzen

„Geordnete Finanzen bilden die Grundlage allen politischen Handelns.“

Im Gegensatz zu den Kommunen in den anderen Bundesländern steht es um die kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz schlecht. Massenhaft unausgeglichene Haushalte, exorbitant hohe Kassenkredite und eine in Deutschland einmalige Verschuldung machen es unseren Kommunen besonders schwer. Die angeblichen Kleinräumigkeit ist hierfür nicht die Ursache, wie Landau und die beiden Landkreise bewiesen haben. Die Kreisfreiheit von Landau ist deshalb auch zu erhalten. Es ist eher ein Umdenken und Umlenken auf Landesebene erforderlich. Dies ist verfassungsrechtlich (kommunale Selbstverwaltung), volkswirtschaftlich (kommunale Investitionsfähigkeit) und gesellschaftspolitisch (Subsidiaritätsprinzip) dringend nötig. Ich fordere deshalb:

- „Kassensturz“ auf Landesebene, um Klarheit über die tatsächliche Verschuldung des Landes unter Einbeziehung seiner „Schattenhaushalte“ zu bekommen;
- Neugewichtung der Landesausgaben, um bei künftigen Investitionen die richtigen, zukunftsorientierten Prioritäten zu setzen (Innovation, Infrastruktur, Ausbildung);
- Entschuldung der Kommunen, wie beispielsweise im Saarland (Übernahme von 50 % der Kassenkredite) oder durch den Hessenpakt;
- Überarbeitung des Konnexitätsprinzips, damit Kommunen tatsächlich für jede zusätzliche Aufgabe die entsprechenden zusätzlichen Finanzmittel bekommen.

Südpfalz, den 7.1.2021

Peter Lerch MdL